Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4035
08. 03. 96

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 13. März 1996

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	6
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	30, 31
Bierstedt, Wolfgang (PDS)	36, 37
Braune, Tilo (SPD)	39, 46
Bulling-Schröter, Eva-Maria (PDS)	20, 21
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 17
Conradi, Peter (SPD)	61
Dr. Dobberthien, Marliese (SPD)	58, 59
Dr. Enkelmann, Dagmar (PDS)	5, 10
Erler, Gernot (SPD)	73, 74
Gansel, Norbert (SPD)	4, 41
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	28, 29
Dr. Hartenstein, Liesel (SPD)	54, 55
Haschke, Gottfried (Großhennersdorf) (CDU/CSU)	47
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	13, 14
Dr. Hirsch, Burkhard (F.D.P.)	15, 16
Irber, Brunhilde (SPD)	71, 72
Jäger, Renate (SPD)	50, 51
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	42, 43
Köhne, Rolf (PDS)	22, 23
Kubatschka, Horst (SPD)	7, 68
Dr. Küster, Uwe (SPD)	69, 70
Kunick, Konrad (SPD)	60
Kutzmutz, Rolf (PDS)	11, 38
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	1, 2
Dr. Lucyga, Christine (SPD)	26, 27
Lüth, Heidemarie (PDS)	24, 25
Dr. Maleuda, Günther (PDS)	44, 45
Marten, Günter (CDU/CSU)	66, 67
Neumann, Volker (Bramsche) (SPD)	32, 33
Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Schenk, Christina (PDS)	18, 19
Schily, Otto (SPD)	34, 35
Schmiedeberg, Hans-Otto (CDU/CSU)	64, 65
Schönberger, Ursula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	75, 76
Steen, Antje-Marie (SPD)	48, 49
Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 40
Weisheit, Matthias (SPD)	56, 57
Dr. Wodarg, Wolfgang (SPD)	52, 53
Dr. Wolf, Winfried (PDS)	62, 63

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

1. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung hinsichtlich des Schicksals der Geiseln, die seit dem 8. Januar d. J. von Mitgliedern der Papua-Befreiungsbewegung OPM in Indonesien festgehalten werden, und welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung, um zur Freilassung der verbliebenen Geiseln beizutragen?

2. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Welche Informationen besitzt die Bundesregierung in bezug auf die in Dörfern der indonesischen Provinz Irian Jaya aufgetretene Krankheit, der bislang mehr als 170 Menschen zum Opfer gefallen sind, und die zu befürchtenden potentiellen Auswirkungen über den Kreis der bisher Betroffenen hinaus – insbesondere mit Blick auf Touristen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

3. Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung hinsichtlich der Frage, ob bestimmte Straftatbestände wie etwa das versammlungsrechtliche Vermummungsverbot gestrichen werden könnten, die Auffassung des Bundesministers der Justiz („Sicherlich . . . Bedarf" für ‚Entrümpelung'. „Denken Sie an das Vermummungsverbot" [Frankfurter Rundschau vom 23. Februar 1996]; „. . . stehen Ruinen herum, von denen man genau weiß, sie taugen nicht . . . was sollen die da noch . . . das Vermummungsverbot . . . schränkt Freiheitsrechte ein, wird aber von der Polizei kaum durchgesetzt, weil sie verhindern will, daß Demonstrationen eskalieren." [Süddeutsche Zeitung vom 5. Februar 1996]) oder aber die Auffassung des Bundesministers des Innern (vgl. Antwort vom 6. März 1996 auf meine Frage vom 27. Februar 1996), daß jedenfalls hinsichtlich des Versammlungsrechts ein „Änderungsbedarf bei der derzeitigen Rechtslage nicht besteht", und welche weiteren Straftatbestände sieht die Bundesregierung – der Wertung des Bundesministers der Justiz folgend – möglicherweise als verzichtbare „Ruinen" an?

4. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)

Was haben die Prüfungen des Generalbundesanwalts ergeben, Ermittlungen wegen Mordsachen aus den 50er Jahren wiederaufzunehmen, an denen neuerlichen Hinweisen zufolge der französische Geheimdienst beteiligt gewesen sein könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

5. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(PDS)

Ist die Bundesregierung bereit, den Vorschlag der Gesamtbetriebsräte und Betriebsräte der Braunkohlesanierungsgesellschaften der Lausitzer und Mitteldeutschen Braunkohlreviere, die befürchten, daß Ende März 1996 über 7 000 Beschäftigte der Sanierungsgesellschaften ihre Arbeit verlieren werden, zu unterstützen und mehr als 50% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren individuelle Förderdauer in Höhe von 36 Monaten ausläuft, für ein weiteres Jahr zu beschäftigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

6. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)

Auf welcher Rechtsgrundlage werden Wehrpflichtige deutscher Volkszugehörigkeit, die bis zu ihrer Aussiedlung nach Deutschland in den Ländern Osteuropas oder der ehemaligen Sowjetunion lebten, vom Zivildienst befreit, wenn zwei ihrer Brüder dort Wehrdienst geleistet haben (vgl. Jahresbericht 1995 der Wehrbeauftragten, Drucksache 13/3900, Kapitel 6.2.2, S. 17), und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

7. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, künftig Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für ein Energiepotential von knapp acht Milliarden m^3 Wasserstoff zu fördern, das – nach Schätzungen des Frankfurter Chemie-Verbandes – jährlich in der Bundesrepublik Deutschland als unerwünschtes Nebenprodukt anfällt und zum größten Teil abgefackelt wird?

8. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß für Mitte März weitere Verhandlungen mit Rußland über die Lieferung von waffenfähigem hochangereicherten Uran für Forschungsreaktoren geplant sind, und wer wird nach Kenntnis der Bundesregierung bei diesen Verhandlungen die Interessen der FRM-II-Betreiber vertreten?

9. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird für den Fall, daß die Verhandlungen mit Rußland über Lieferungen von waffenfähigem Uran nicht zum Erfolg führen, die Bundesregierung die Aufnahme von Verhandlungen mit China befürworten, um die Brennstoff-Versorgung des FRM-II und der innerhalb der EU gemeinschaftlich genutzten Forschungsreaktoren sicherstellen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

10. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (PDS)

Wieso schrieb der Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, Friedrich Bohl, noch am 20. Dezember 1995 an den Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns, es gäbe bei der Bremer Vulkan-Verbund AG „keinerlei Hinweise" für einen zweckentfremdeten Einsatz von Mitteln, der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister sollten „in Zukunft auf öffentliche Spekulationen verzichten" (Nachrichtenmagazin „report", ARD, 4. März 1996), obwohl solche Hinweise bereits am 13. Dezember 1995 Gegenstand einer Beratung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderausgaben (BvS) gewesen sein sollen (Parlamentarischer Staatssekretär Hansgeorg Hauser, Plenarprotokoll 13/91, S. 8043A)?

11. Abgeordneter **Rolf Kutzmutz** (PDS)

Seit wann veranlaßte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl im Zusammenhang mit dem Bremer Vulkan-Verbund „von Anfang an das Notwendige" (Dr. Helmut Kohl gegenüber Journalisten am 26. Februar 1996) und inwiefern hatte der Bundeskanzler seinerzeit Kenntnis von bzw. war an Aktivitäten des damaligen Bundesministers Günther Krause selbst beteiligt, im Februar/März 1992 die Privatisierung eines „kleinen Verbundes" ostdeutscher Werften zugunsten der Bremer Vulkan-Verbund AG öffentlich zu propagieren, dann politisch durchzusetzen?

12. Abgeordnete **Annelie Buntenbach** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen ihrer Antwort vom 18. April 1995 auf meine Frage (Drucksache 13/1163 S. 1) und der Erklärung der ehemaligen Vorsitzenden der F.D.P.-Fraktion im brandenburgischen Landtag und Beisitzerin im F.D.P.-Bundesvorstand, Rosemarie Fuchs, daß der Bundesnachrichtendienst (BND) sie über seinen Verbindungsmann mit Decknamen „Wiegand", welcher zuvor einen BND-Doppelagenten (Deckname „Kleber"/ „Nixberg") geführt hatte, schon beginnend Ende März/Anfang April 1990 zu monatlichen Treffen mit zwei BND-Beamten (Decknamen „Becker" und „Ammer") sowie zur Kontaktaufnahme mit einem ihr bis dahin unbekannten KGB-Residenten in Deutschland veranlaßt habe, denen ab Juli 1990 bis Juli 1993 durchweg von „Becker" selbst telefonisch initiierte Gesprächstermine insbesondere zum Thema ehemaliger KGB- und Stasi-Mitarbeiter folgten, und mit welchen Erwägungen widerspricht die Bundesregierung meiner Wertung, daß es sich bei dem beschriebenen Agieren des BND um diesem untersagte Inlandsaufklärung handelte, weil die verfolgten Anliegen der Spionageaufklärung in Deutschland eigentlich nur durch den Verfassungsschutz oder durch Strafverfolgungsbehörden hätten wahrgenommen werden dürfen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

13. Abgeordnete **Dr. Barbara Hendricks** (SPD)

Wie ist der Stand der geplanten Organisationsänderung des Bundesgrenzschutzes?

14. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)

Sind bereits Vorentscheidungen zum zukünftigen Standort der Ämter auf Ortsebene, insbesondere an den EU-Binnengrenzen, gefallen?

15. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)

Ist es zutreffend, daß die für eine grenzüberschreitende Nacheile von Polizeivollzugsbeamten bei der Verfolgung von Straftätern auf frischer Tat erforderlichen Durchführungsübereinkommen zum Schengener Abkommen bisher nur mit Luxemburg zustande gekommen sind, zu Belgien und den Niederlanden vorbereitet werden, während mit Dänemark und Frankreich zur Zeit nicht einmal Verhandlungen geführt werden?

16. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)

Bestehen Nacheileregelungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland bzw. den entsprechenden Bundesländern auf der einen Seite und Polen, Tschechien, Österreich und der Schweiz auf der anderen Seite?

17. Abgeordnete
Annelie Buntenbach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Auskünfte kann die Bundesregierung hinsichtlich des Schußwaffengebrauchs von Angehörigen des Bundeskriminalamts, des Bundesgrenzschutzes und des Zolls im Jahr 1995 jeweils geben über die Fallzahlen von Warn- und gezielter Schußabgabe gegen Menschen oder Sachen, über den Umfang der dabei verfeuerten Munition, über die dabei eingetretenen Personen- und Sachschäden sowie über die Ergebnisse von in diesem Zusammenhang etwa eingeleiteten Straf- und Disziplinarverfahren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

18. Abgeordnete
Christina Schenk
(PDS)

Trifft es zu, und wenn ja, warum, daß die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) ohne Zustimmung der Firmen, die öffentliche Mittel der Treuhandanstalt/BvS erhalten haben, dorthin keine eigenen Controller schicken und auch keine Wirtschaftsprüfer beauftragen darf, um den Fortgang der Investitionen und den Verbleib der Beihilfen zu kontrollieren?

19. Abgeordnete **Christina Schenk** (PDS)

Welche Erkenntnisse zur Liquidität der Bremer Vulkan-Verbund AG hatte die Treuhandanstalt bei den Privatisierungsverhandlungen der ostdeutschen Werften 1991 bis 1993 angesichts der Behauptung von Friedrich Hennemann, Ex-Vorstandschef der Bremer Vulkan-Verbund AG: „Mein Gott, der Laden war doch bereits pleite, als ich 1987 anfing" (Hamburger Abendblatt, 22. Februar 1996)?

20. Abgeordnete **Eva-Maria Bulling-Schröter** (PDS)

Wann genau „Ende 1995" erhielten die Bundesregierung bzw. die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) von der Bremer Landesregierung welche Hinweise, daß den ostdeutschen Werften über das Cash-Management des Konzerns 900 Mio. DM entzogen worden sein könnten (Parlamentarischer Staatssekretär Hansgeorg Hauser, Plenarprotokoll 13/91, S. 8042D)?

21. Abgeordnete **Eva-Maria Bulling-Schröter** (PDS)

Wann erhielt die Bundesregierung von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) welche Informationen über ein Treffen von Vertretern der KfW, der Commerzbank und des Wirtschaftsministeriums Mecklenburg-Vorpommerns mit Vulkan-Finanzvorstand Günter Smidt am 14. November 1995, bei dem Günter Smidt eingeräumt haben soll, der Eigenanteil der Bremer Vulkan-Verbund AG an den Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern könne nicht erbracht werden und sei auch schon bei Zeichnung der Privatisierungsverträge problematisch gewesen (DER SPIEGEL 9/96, S. 26)?

22. Abgeordneter **Rolf Köhne** (PDS)

Seit wann und inwieweit war der Bundesregierung bzw. der Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderausgaben (BvS) bekannt, daß bei der Bremer Vulkan-Verbund AG die Übernahme stiller Beteiligungen von 10 bis 20% des Werftpreises der Aufträge „häufig geübte Praxis" war, die bei normalem wirtschaftlichen Verlauf „praktisch einen verlorenen Zuschuß" darstellten (Conti-Reederei Putzbrunn; dpa 25. Februar 1996)?

23. Abgeordneter **Rolf Köhne** (PDS)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Vizepräsident der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) gegenüber den Obleuten des Wirtschaftsausschusses des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern und dem dortigen Wirtschaftsminister am 8. Dezember 1995 erklärt hat, im Falle einer Zweckentfremdung der Fördermittel bei der Bremer Vulkan-Verbund AG seien eben über 500 Mio. DM in den Sand gesetzt, man müsse dann nochmal von vorn beginnen, und wenn ja, welche Konsequenzen hat die BvS zu diesem Zeitpunkt aus diesen Erkenntnissen gezogen?

24. Abgeordnete **Heidemarie Lüth** (PDS)

Entspricht die Aussage von Friedrich Hennemann, Bremer Vulkan-Verbund AG, zur Privatisierung der ostdeutschen Werften gegenüber dem Fernsehsender „Nord 3" am 5. März 1992 den Tatsachen: „Ich muß zunächst sagen, daß die Karten von der Treuhand gemischt worden sind. Das Angebot, über das wir mit der Treuhandanstalt verhandelt haben, kam von der Treuhand" (Bundespresseamt, Rundfunk-Auswertung Inland: Fernseh-/Hörfunkspiegel I, 5. März 1992, S. 4), und wenn ja, welche Gründe hatte die Treuhandanstalt, der Bremer Vulkan-Verbund AG von sich aus ein Angebot zu unterbreiten?

25. Abgeordnete **Heidemarie Lüth** (PDS)

Was hat die Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) wann dazu bewogen, öffentliche Mittel im Block an die Bremer Vulkan-Verbund AG zu überweisen und dabei nicht darauf zu bestehen, daß bei den Investitionen in Wismar und Stralsund die Eigenmittel des Konzerns – wie normalerweise üblich – zeitgleich mit den öffentlichen Mitteln eingesetzt werden?

26. Abgeordnete **Dr. Christine Lucyga** (SPD)

Kann die Bundesregierung den konkreten Zeitpunkt benennen, zu dem sie erfahren hat, daß Fördermittel für die ostdeutschen Werften durch die Bremer Vulkan-Verbund AG zweckentfremdet verwendet worden sind?

27. Abgeordnete **Dr. Christine Lucyga** (SPD)

Hat die Bundesregierung bereits zu einem früheren als zu dem in den bisherigen Antworten angegebenen Zeitpunkt Hinweise erhalten, die zumindest eine Vermutung der zweckentfremdeten Verwendung von Fördermitteln für die ostdeutschen Werften nahegelegt hätten, und wenn ja, inwieweit ist die Bundesregierung diesen Hinweisen nachgegangen?

28. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß durch die Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben eine qualifizierte Controlling-Praxis hinsichtlich der zweckbestimmten Verwendung der Fördermittel der Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben für die ostdeutschen Werften möglich war, und konnte die Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben aufgrund vertraglicher Bestimmungen z. B. durch unmittelbare Betriebsprüfungen innerhalb der Bremer Vulkan-Verbund AG die Einhaltung von Investitionszusagen und den Verbleib von Fördermitteln kontrollieren?

29. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)

Ist der Bundesregierung inzwischen die genaue Höhe der durch die Treuhandanstalt für die ostdeutschen Werften zur Verfügung gestellten Fördermittel bekannt, die von der Bremer Vulkan-Verbund AG zweckentfremdet verwendet worden sind?

30. Abgeordneter
Friedhelm Julius Beucher
(SPD)

Hat die Treuhandanstalt die Zustimmung dafür erteilt, daß die bereitgestellten Fördermittel der Treuhandanstalt für die ostdeutschen Werften in das zentrale Cash-Management der Bremer Vulkan-Verbund AG einfließen konnten, und wenn ja, wann wurde diese Zustimmung erteilt?

31. Abgeordneter
Friedhelm Julius Beucher
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, seit wann von der Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben von der Bremer Vulkan-Verbund AG die „Spill-over-Berichte" abverlangt werden, und was hat die Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben hierzu veranlaßt?

32. Abgeordneter
Volker Neumann (Bramsche)
(SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die von der Treuhandanstalt gewährten Investitionsbeihilfen entgegen der üblichen Praxis als Einmalzahlung und nicht abgezinst zur Verfügung gestellt wurden, und wenn ja, welche Gründe waren hierfür maßgebend?

33. Abgeordneter
Volker Neumann (Bramsche)
(SPD)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob bei der Privatisierung des ostdeutschen Schiffbaus bereits die ab 1992 bei der Treuhandanstalt üblichen Bonusprämien an Mitarbeiter der Treuhandanstalt gezahlt worden sind, und wenn ja, in welcher Höhe?

34. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)

Auf welche Gründe führt die Bundesregierung die Tatsache zurück, daß die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben über die Verwendung von Investitionsbeihilfen bei der Bremer Vulkan-Verbund AG erst falsch und über den wahren Sachverhalt zu spät informiert worden ist?

35. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)

Sieht die Bundesregierung die von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben im Falle der Bremer Vulkan-Verbund AG verfügten Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Verwendung der Investitionsbeihilfen für ausreichend an und ermöglichten diese insbesondere eine zeitnahe Feststellung, ob die Investitionsbeihilfen zweckentsprechend eingesetzt wurden?

36. Abgeordneter
Wolfgang Bierstedt
(PDS)

Wieso entließ die Treuhandanstalt Anfang 1994, als erste Veröffentlichungen über vermutete unsaubere Finanztransaktionen der Bremer Vulkan-Verbund AG erschienen, den Konzern aus der Verpflichtung, vierteljährlich testierte Berichte über die Verwendung der für dessen ostdeutsche Töchter gewährten Beihilfen vorzulegen, und gab sich seitdem mit unbestätigten Quartalsberichten des Managements sowie einem Jahresetat zufrieden (Ausschuß für Wirtschaft, Ausschuß-Drucksache 195/13, S. 5)?

37. Abgeordneter
Wolfgang Bierstedt
(PDS)

Wieso interessierten sich die Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderausgaben (BvS) und Bundesregierung nicht für die Gründe des Ausscheidens des für die Ostaktivitäten zuständigen Vorstandes Manfred Timmermann im Frühjahr 1994 und des Finanzvorstandes Anton Schneider im Frühjahr 1995 aus der Spitze der Bremer Vulkan-Verbund AG bzw. gaben sich – im Falle Manfred Timmermann – mit dem „Geheimhaltungsbedürfnis" des Konzerns zufrieden (mündliche Auskunft des Bundesministers Dr. Günter Rexrodt vor dem Ausschuß für Wirtschaft am 28. Februar 1996)?

38. Abgeordneter
Rolf Kutzmutz
(PDS)

Unter welchen Umständen und aus welchen Motiven heraus hat sich 1992 „die Treuhandanstalt von der Politik vergewaltigen" lassen, ostdeutsche Werften im Verbund an die Bremer Vulkan-Verbund AG zu privatisieren (Bundesminister Dr. Günter Rexrodt, 1992 Treuhand-Vorstand, vor dem Ausschuß für Wirtschaft, 28. Februar 1996)?

39. Abgeordneter
Tilo Braune
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit dafür zu sorgen, daß den ostdeutschen Werften als Ersatz für die von der Bremer Vulkan-Verbund AG zweckentfremdeten Investitionsbeihilfen der Treuhandanstalt Fördermittel in entsprechender Höhe bereitgestellt werden, damit die davon betroffene ostdeutsche Region nicht dauerhaft wirtschaftlich geschädigt wird?

40. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung inzwischen der unmittelbar an den Bundesminister der Finanzen gerichteten Bitte der Finanzministerkonferenz vom 7. September 1995 entsprochen, hinsichtlich eines bundesweit wirksamen Ausschlusses korruptionsverdächtiger Bauunternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge zu prüfen, „ob er sich für die Einrichtung einer Zentralen Melde- und Informationsstelle für Vergabesperren beim Bund einsetzen kann", und

falls der Bitte noch nicht gefolgt wurde, welche Gründe haben die Bundesregierung gehindert, das Ersuchen positiv zu bescheiden, z. B. nach dem Vorbild der in Hessen eingerichteten Meldestelle?

41. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Welche Leistungen hat die Anwaltspraxis, die vom Bundesministerium der Finanzen mit der Suche nach „verschwundenem DDR-Vermögen" beauftragt worden ist, erbracht, und wie sind diese Leistungen honoriert worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

42. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung zur Entlastung der Unternehmen von unnötigen bürokratischen Inanspruchnahmen durch die Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Sozialversicherungsträger?

43. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die deutsche Ausgleichsbank mit mehr Kompetenzen auszustatten und insbesondere auch Betriebsübernahmen mit den gleichen Konditionen zu fördern wie Neugründungen?

44. Abgeordneter **Dr. Günther Maleuda** (PDS)

Wann meldeten die Bundesregierung bzw. die Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) erstmals an die EU-Kommission, daß öffentliche Beihilfen für die Osttöchter der Bremer Vulkan-Verbund AG in ein zentrales Cash-Management des Konzerns fließen, und inwiefern gab die EU-Kommission dazu ihre Erlaubnis?

45. Abgeordneter **Dr. Günther Maleuda** (PDS)

Wann informierte die Bundesregierung erstmals die EU-Kommission über mögliche Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung der für die Werften in Wismar und Stralsund bestimmten Beihilfen durch die Bremer Vulkan-Verbund AG, und welche Reaktion erfolgte in Brüssel auf diese Mitteilung?

46. Abgeordneter **Tilo Braune** (SPD)

Teilt die Bundesregierung aus heutiger Sicht die Einschätzung, nach der die unter dem Dach der Deutschen Maschinen- und Schiffbau AG zusammengefaßten ostdeutschen Schiffbaubetriebe gute Chancen gehabt hätten, nach Sanierung bis 1994 zu einem leistungsfähigen Schiffbaukonzern zu werden, und weshalb ist die Treuhandanstalt nicht entsprechend verfahren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

47. Abgeordneter **Gottfried Haschke (Großhennersdorf)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten der Einflußnahme hat die Bundesregierung, daß die Bewertung der Ordnungsmäßigkeit der Vermögenszuordnung in den ehemaligen Produktionsgenossenschaften bzw. bei deren Rechtsnachfolgern – wie in der Flächenerwerbsverordnung vom 20. Dezember 1995 gefordert – nach einheitlichen Kriterien in den neuen Bundesländern erfolgt?

48. Abgeordnete **Antje-Marie Steen** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Einsatz bestimmter Herbizide mit dem halogenierten Wirkstoff Bromoxynil (aus der Gruppe der Benzonitrile) und ihre Auswirkungen auf die Atmosphäre, in der sie unter bestimmten Bedingungen als massive Ozonkiller wirken sollen?

49. Abgeordnete **Antje-Marie Steen** (SPD)

Auf welche Kulturpflanzen (wie z. B. Raps oder Sojabohnen) ist die Unempfindlichkeit gegen diesen Wirkstoff inzwischen (mit Hilfe von Gentechniken) übertragen worden, und in welchem Umfang werden derartige Kulturpflanzen bereits im Freiland angebaut?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

50. Abgeordnete **Renate Jäger** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, und wie viele Personen unter 65 Jahren, die erwerbsunfähig im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung sind, derzeit (bitte die aktuellsten Zahlen) in den neuen Bundesländern laufende Leistungen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten?

51. Abgeordnete **Renate Jäger** (SPD)

Wie begründet die Bundesregierung die unterschiedliche Behandlung von Personen in den alten und neuen Ländern, die ausschließlich in den alten Ländern einen Rechtsanspruch auf einen um 20% erhöhten Regelsatz entsprechend § 23 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BSHG haben, wobei die

unterschiedliche Behandlung des heutigen Empfängerkreises nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BSHG in den alten und neuen Ländern auch bei der von der Regierungskoalition vorgesehenen Novellierung des Sozialhilferechts (entsprechend dem am 1. März 1996 im Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf) durch eine Besitzstandswahrungsklausel beibehalten wird, und sieht die Bundesregierung den verfassungsrechtlich garantierten Gleichbehandlungsgrundsatz durch den genannten Sachverhalt verletzt?

52. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Wodarg** (SPD)

Welche Position vertritt der Bundesminister für Gesundheit bezüglich der Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Agrarprodukten mit Virus-, Insekten-, Pilz- und Herbizidresistenzen (Saatgut, Pflanze und daraus gewonnene Erzeugnisse) im Non-food-Bereich, und teilt der Bundesminister für Gesundheit die Auffassung, daß Futtermittel als Teil der Nahrungsmittelkette in den Food-Bereich gerechnet werden müssen?

53. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Wodarg** (SPD)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der kürzlich im „New Scientist" veröffentlichten Beobachtung, daß die Ausbreitung von Rapspollen von der Größe der Anbaufläche des Rapses abhängt und daß somit die in den bisherigen Freisetzungsversuchen gewonnenen Erkenntnisse über die mögliche unerwünschte Vermehrung gentechnisch veränderten Rapses im Falle einer agrarwirtschaftlichen Anwendung nicht aussagekräftig sind?

54. Abgeordnete **Dr. Liesel Hartenstein** (SPD)

Wird die Bundesregierung bei dem bereits vorliegenden Antrag der Firma Plant Genetic System (PGS) auf Vermarktungsgenehmigung für gentechnisch veränderten Raps als Nahrungs- und Futtermittel gemäß ihrer öffentlich vom Bundesministerium für Gesundheit vertretenen Forderung nach einer klaren und eindeutigen Kennzeichnung gegen eine Vermarktungszulassung stimmen?

55. Abgeordnete **Dr. Liesel Hartenstein** (SPD)

Wird das Bundesministerium für Gesundheit seine Zustimmung im derzeit laufenden Genehmigungsverfahren auf Inverkehrbringen der gentechnisch veränderten Sojabohne der Firma Monsanto, die eine Herbizidresistenz aufweist, von der Kennzeichnung, d. h. einem Hinweis auf die gentechnische Veränderung, abhängig machen?

56. Abgeordneter
Matthias Weisheit
(SPD)

Wie will das Bundesministerium für Gesundheit sicherstellen, daß Folgeprodukte aus dem gentechnisch veränderten Raps der Firma Plant Genetic System – für die bisher keine Genehmigung vorliegt – keinen Eingang in die Lebensmittelherstellung finden, wenn beim Saatgut dieses Rapses durch die fehlende Kennzeichnung jeglicher Hinweis auf die gentechnische Veränderung fehlt?

57. Abgeordneter
Matthias Weisheit
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung ihre Entscheidung für die Vermarktungsgenehmigung heute, nachdem einem Bericht des britischen Wissenschaftsmagazin „Nature" zufolge festgestellt geworden ist, daß in Raps eingepflanzte Gene sich spontan auf nahe, wildlebende Verwandte übertragen, und daß bei Kreuzungsversuchen bereits nach zwei Generationen fortpflanzungsfähige Exemplare der Wildpflanze auftreten, die extrem widerstandsfähig sind und von dem Pflanzenschutzmittel „Basta" nicht mehr angegriffen werden?

58. Abgeordnete
Dr. Marliese Dobberthien
(SPD)

Aus welchem Grunde hat der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Ausschuß nach Artikel 21 der Freisetzungsrichtlinie einer Vermarktung des gentechnisch veränderten Rapses der Firma Plant Genetic System ohne Kennzeichnung, d. h. ohne jeglichen Hinweis auf die gentechnische Veränderung, zugestimmt, obwohl sich der Bundesminister für Gesundheit im Vorfeld der Entscheidung über die Genehmigung des Inverkehrbringens dieses Rapses für eine Kennzeichnung ausgesprochen hat, und wie beurteilt das Bundesministerium für Gesundheit das Abstimmungsverhalten dieses Vertreters der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der in den Beratungen zur Novel-food-Verordnung von der Bundesregierung öffentlich vertretenen Position für eine verpflichtende Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten?

59. Abgeordnete
Dr. Marliese Dobberthien
(SPD)

Wie wird sich die Bundesregierung zukünftig bei Genehmigungsverfahren über das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Pflanzen hinsichtlich der Kennzeichnung verhalten vor dem Hintergrund, daß eine Kennzeichnung, die auf die gentechnische Veränderung hinweist, nach der Richtlinie 90/229/EWG ausdrücklich möglich ist, und wird sie zukünftig innerhalb der Genehmigungsverfahren ihre Zustimmung von einer solchen verbindlichen Kennzeichnung abhängig machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

60. Abgeordneter
Konrad Kunick
(SPD)

Welche Maßnahmen zur Straffung und Effizienzsteigerung bei der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes hat die Bundesregierung, wie in der Unterrichtung zur Verringerung und Straffung von Bundesbehörden (Drucksache 13/3923) angekündigt, in die Wege geleitet?

61. Abgeordneter
Peter Conradi
(SPD)

Trifft die Erklärung des Sprechers des Bundesministeriums für Verkehr gegenüber der Stuttgarter Zeitung (Stuttgarter Zeitung vom 2. März 1996, S. 25) zu, das 100 ha große Stuttgart-21-Areal sei Eigentum der Deutschen Bahn AG und diese Lösung sei nach zähen Verhandlungen zwischen der Deutschen Bahn AG, Bundeseisenbahnvermögen (BEV) und verschiedenen Bundesministerien vereinbart und vom Bundesrechnungshof genehmigt worden, und falls ja, wann haben das Bundesministerium der Finanzen der Lösung zugestimmt und der Bundesrechnungshof sie genehmigt?

62. Abgeordneter
Dr. Winfried Wolf
(PDS)

Sind Meldungen (u. a. „Stuttgarter Zeitung" vom 7. März 1996 und „Stuttgarter Nachrichten" vom 5. März 1996) zuttreffend, wonach das Gelände, das im Rahmen der Realisierung von „Stuttgart 21" verkauft und dessen Erlös für die Finanzierung dieses Projekts eingesetzt werden sollte, insbesondere die Flurstücke 9080, 9080/1 (ehemaliger Warengutbahnhof) und 9269 (Innerer Nordbahnhof) bzw. einzelne Teile dieser Flurstücke, in das Eigentum der Deutschen Bahn AG überging, und wenn ja, auf welcher juristischen Grundlage wurde dieses Gelände der Deutschen Bahn AG zugeschrieben und damit zur Finanzierung von „Stuttgart 21" bereitgestellt, anstatt in das Bundeseisenbahnvermögen einzugehen und zur Tilgung der Bahnaltschulden bzw. für andere Aufgaben des Bundes eingesetzt zu werden?

63. Abgeordneter
Dr. Winfried Wolf
(PDS)

Ist es zutreffend, daß der große Teil dieses auf einen Wert von mehr als 2 Mrd. DM geschätzten Bahngeländes bereits zu Zeiten der Gründung der Deutschen Bahn AG nicht für den Bahnbetrieb genutzt wurde bzw. im Rahmen der weiteren bahnorganisatorischen und vom Projekt „Stuttgart 21" unabhängigen Veränderungen nicht für den Bahnbetrieb erforderlich ist, und wenn nein, welche Teile dieses der Deutschen Bahn AG übereigneten Geländes werden von der Deutschen Bahn AG für den Schienenverkehr genutzt?

64. Abgeordneter **Hans-Otto Schmiedeberg** (CDU/CSU)

Bis zu welchem Zeitpunkt gedenkt die Bundesregierung, den zweigleisigen Ausbau und die Streckenelektrifizierung des Verkehrsprojekts VDE Nr. 1 zwischen Bad Kleinen und Lübeck fertigzustellen?

65. Abgeordneter **Hans-Otto Schmiedeberg** (CDU/CSU)

Wie weit ist das Planungsverfahren für den zweigleisigen Streckenbau zwischen Rostock und Stralsund vorangetrieben worden, und wann erfolgt der voraussichtliche Baubeginn?

66. Abgeordneter **Günter Marten** (CDU/CSU)

Wie reagiert die Bundesregierung auf Überlegungen der Deutschen Bahn AG, auf der Strecke Bad Kleinen — Rostock den Interregiohalt in der Stadt Bützow aufzugeben?

67. Abgeordneter **Günter Marten** (CDU/CSU)

Welchen Einfluß nimmt die Bundesregierung, um in derart infrastrukturschwachen Regionen Angebote im Bahnverkehr aufrechtzuerhalten?

68. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Wie viele Atomtransporte wurden im Jahr 1995 durchgeführt und wie viele davon von der Deutschen Bahn AG?

69. Abgeordneter **Dr. Uwe Küster** (SPD)

Kann nach den Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesministerium für Verkehr, Johannes Nitsch, in der 89. Sitzung der 13. Wahlperiode, definitiv davon ausgegangen werden, daß bereits eine positive Entscheidung zugunsten des Baus eines Terminals für den Kombinierten Verkehr (KV-Terminal) in Magdeburg gefallen ist und daß die Finanzierung für das Güterverkehrszentrum (GVZ) gesichert ist?

70. Abgeordneter **Dr. Uwe Küster** (SPD)

Welche aktiven Vorkehrungen trifft die Bundesregierung derzeit in ihrem Verantwortungsbereich, damit möglichst bald, ggf. noch 1996, mit dem Bau des GVZ begonnen werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

71. Abgeordnete **Brunhilde Irber** (SPD)

Welche gesetzlichen Bestimmungen liegen in der Bundesrepublik Deutschland der Genehmigung von „Indoor-Kart-Rennbahnen" zugrunde, und inwieweit greifen bei der Erteilung von Genehmigungen derartiger Anlagen in Wohn- und Mischgebieten immissionsschutzrechtliche Bedingungen?

72. Abgeordnete **Brunhilde Irber** (SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung in diesem Zusammenhang auf ein Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen vom 9. Februar 1996, Az. 8102 -7/21-8549 an alle Regierungsbezirke, Landratsämter und kreisfreien Städte, in dem die nachgeordneten Behörden angewiesen werden, bei Anträgen auf Genehmigung von „Indoor-Kart-Anlagen" immissionsschutzrechtliche Bestimmungen generell außer acht zu lassen, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Beachtung immissionsschutzrechtlicher Bestimmungen bei der Genehmigung von „Indoor-Kart-Anlagen" sicherzustellen?

73. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Warum hat die Bundesregierung der erneuten, Anfang Januar 1996 schriftlich durch Generaloberst Michail Barsukow vorgetragenen Bitte, Moskau eine Zehn-Gramm-Probe des Münchener Waffenplutoniums sowie den Transportbehälter zu Prüfzwecken zu überlassen, auch nach zwei weiteren verstrichenen Monaten nicht entsprochen, obwohl die Bundesregierung auf von mir gestellte Fragen bereits am 27. Dezember 1995 mitgeteilt hat, daß nach umfangreichen Prüfungen feststehe, sogar die Überstellung der Gesamtmenge des in München sichergestellten Nuklearmaterials an die russische Seite sei rechtlich zulässig, und bis wann plant die Bundesregierung den russischen Wunsch zu erfüllen?

74. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Mit welchen konkreten eigenen Vorschlägen wird die Bundesregierung, insbesondere was die Arbeitsgruppe „Nukleare Sicherheit" angeht, an dem Moskauer Nukleargipfel am 19./20. April 1996 teilnehmen, und warum hat sie nicht die Chance genutzt, durch rechtzeitige Überlassung der von Moskau gewünschten Probe mehr als anderthalb Jahre nach dem Münchener Vorfall, rechtzeitig vor dem Moskauer Nukleargipfel, die Herkunft des aufgebrachten Nuklearmaterials definitiv klären zu lassen?

75. Abgeordnete **Ursula Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Maßnahmen zur Überprüfung des Inhaltes aller zwischengelagerten Behälter im Endlager Morsleben hat die Bundesregierung unternommen, nachdem beim Überprüfen eines Behälters festgestellt wurde, daß entgegen den Äußerungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Fragen 20, 21 in Drucksache 13/3666, andere Stoffe eingelagert waren, als auf den Inventarlisten verzeichnet sind?

76. Abgeordnete **Ursula Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Maßnahmen zur Überprüfung der endgelagerten radioaktiven Abfälle hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unternommen, nachdem bei den zwischengelagerten Abfällen Abweichungen von der Dokumentation festgestellt wurden und diese Abweichungen demzufolge auch bei den endgelagerten Abfällen nicht auszuschließen sind?

Bonn, den 8. März 1996

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 9240-0, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333